

## Schweiz

# Die nahen Fremden

Die Beziehungen der Schweiz zum sozialistischen Jugoslawien waren viel enger als bisher bekannt. Wie diese «Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle» entstand, zeigt der Historiker Thomas Bürgisser auf.

Enver Robelli

Der Jugo ist in der Schweiz «eigentlich fehl am Platz». Er gibt «manchmal Anlass zu Bedenken». Kosovo-Albaner und Jugos sind einfach «uuhuere aggressiv». Darüber herrscht häufig nicht nur am heiligen Stammtisch Einigkeit. Auch Umfragen und Medienberichte vermitteln dieses angebliche Grundgefühl vieler Schweizerinnen und Schweizer. Das Feindbild ist nicht neu. Schon 1973 wählte der Schweizer Botschafter in Belgrad drastische Worte, um vor Arbeitern aus dem Balkan zu warnen, die vom Bauernverband angeworben wurden. «Das Messer», so der Diplomat, «sitzt diesen Menschen noch leichter im Sack als einem Südtaliener.» Es handle sich schlicht um «primitive Elemente».

Max Frisch hatte die neue Realität dagegen mit einem legendären Satz auf den Punkt gebracht: «Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.» Einige hatten tatsächlich ein Messer im Sack, andere dealten mit Drogen, nicht wenige missbrauchten das Sozialsystem. Und die Mehrheit? Für die über 300 000 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien ist die Schweiz mittlerweile eine (zweite) Heimat geworden: Sie sorgen dafür, dass im Gesundheits- und Pflegewesen, auf dem Bau, in den Fabriken und auch in Schweizer Kantinen fast alles rundläuft, sie zahlen Steuern, immer mehr von ihnen engagieren sich politisch, und ohne Xhaka, Seferovic, Behrami und Shaqiri, dessen Namen alle Eidgenossen falsch aussprechen, wäre die Schweiz fussballerisch vermutlich ein Entwicklungsland.

Die Jugos und die Schweizer. Es wäre übertrieben, von einer Liebesgeschichte zu sprechen. Es trifft eher zu, wenn von einer «Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle» die Rede ist. Genau darum geht es in der kürzlich erschienenen Dissertation des Historikers Thomas Bürgisser über die schweizerisch-jugoslawischen Beziehungen im Kalten Krieg.

Das Werk geht aber über diese Epoche hinaus, es ist eine Fundgrube, flüssig geschrieben und leicht verständlich. Bürgisser zeigt auf, dass die neutrale Schweiz und das blockfreie Jugoslawien trotz widersprüchlichen Interessen eine vielfältige Partnerschaft entwickelten. Die geografische Nähe ist frappant: Den Piz Chavalatsch auf der schweizerisch-italienischen Grenze trennen nur 228 Kilometer vom Dorf Breginj in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Slowenien.

### Geschichte einer Schoggimarke

Schon vor der Gründung des ersten Jugoslawien 1918 übte die Schweiz eine grosse Anziehungskraft auf die bildungsinteressierte Jugend des Balkans aus. Von den 1860er-Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges stellten Studentinnen und Studenten aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und aus dem habsburgischen Kroatien eine der grössten ausländischen Gruppen an der Universität Zürich. Noch heute erinnert eine Gedenktafel am Seilergraben 9 in Zürich an den (gross)serbischen Staatsmann Nikola Pasic. Er wohnte hier während des Studiums am Eidgenössischen Polytechnikum. Dass Mileva Maric, die Ehefrau des Physikers Albert Einstein, aus der heute nordserbischen Provinz Vojvodina stammte, dürften einige Schweizer wissen.

Sehr ausführlich schildert Bürgisser die faszinierende Geschichte der aus Glarus stammenden Brüder Heinrich (Henri) und Christian Voegeli, die in Belgrad ein florierendes Export- und Importunternehmen gründeten, beim Aufbau der serbischen Staatsbahn halfen und humanitäre Hilfe leisteten. Henri Voegeli, der gerne in serbischer Nationaltracht auftrat, wurde «Balkankönig» genannt. Die Familie blieb sowohl dem monarchistischen als auch dem sozialistischen Jugoslawien verbunden.

Die Euphorie für die «kleinen Balkanvölker», die sich vom «Türkenjoch» befreiten, erfasste Anfang des 20. Jahrhunderts viele westeuropäische Staaten, darunter auch die Schweiz. In rechtsbürgerlichen Kreisen vor allem in der Romandie wurde eine «Schicksalsgemeinschaft» mit Serbien heraufbeschworen, nachdem die Habsburgermonarchie Bos-



Jugoslawiens Staatschef Tito in Genf auf seiner Rückreise aus Frankreich im Mai 1956. Foto: Fond des Muzej Jugoslavije, Belgrad

nien-Herzegowina 1908 annektiert hatte. Man sah sich als gemeinsame Opfer «germanischer» Machtpolitik. Der 1909 unterzeichnete Gotthardvertrag wurde als deutsches Diktat und als Einschränkung der nationalen Souveränität betrachtet.

Zwischen den beiden Weltkriegen entdeckten auch prominente Schweizer Jugoslawien als Reiseland, als Geheimtipp fern vom «mondänen internationalen Fremdenstrom», wie es in einem 1928 in Zürich veröffentlichten Reisebuch hiess. Der Berner Chocolatier Camille Bloch verbrachte damals unver-

## Die Folgen der Krise in Jugoslawien spürte bald auch die Schweiz.

gessliche Tage in Dubrovnik. Nach seiner Rückkehr lancierte er den Schokoriegel Ragusa: So hatte Dubrovnik einst als maritimer Stadtstaat geheissen. 1933 bereiste Max Frisch die Region, wo ihm der «Reiz allen Fremdartigen» auffiel. In Dubrovnik schrieb er seinen ersten Roman «Jürg Reinhart».

Im Zweiten Weltkrieg waren es dann vor allem die Linken, die sich für die Entwicklungen in Jugoslawien interessierten. Sie verfolgten mit Bewunderung den Kampf der Partisanen gegen die Nazis, sie trafen sich im Café Select am Zürcher Limmatquai, in dieser «kleinen antifaschistischen Gegenwelt», wie es der spätere Ethnopsychanalytiker, Anthropologe und Schriftsteller Paul Parin nannte, um eine freiwillige Ärztemission in die von Josip Broz Tito angeführte jugoslawische Volksbefreiungsarmee zu entsenden. Der aus einer jüdischen Familie stammende Mediziner Parin, seine Lebensgefährtin und mehrere ehemalige Schweizer Spanienfreiwillige schlossen sich den Partisanen in Kroatien und in Montenegro an. «Wir waren so jung, dass wir nicht daran zweifelten, für den Kampf gegen die Faschisten nützlich, beinahe unentbehrlich zu sein», schrieb Parin später in seinem Buch «Es ist Krieg und wir gehen hin. Bei den jugoslawischen Partisanen».

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg stellte Parin enttäuscht fest, dass der revolutionäre Kampf von der stalinistischen Bürokratie deformiert wurde. Doch schon 1948 kam es zum Bruch Ti-

tos mit dem Sowjetführer Stalin, und Jugoslawien agierte fortan zwischen den politischen Blöcken, es wurde liberaler. Schweizer Armeeangehörige durften sogar das Land besuchen, um mehr über die Guerillakriegsführung der jugoslawischen Partisanen zu erfahren. Berner Diplomaten hatten einen guten Draht zum Tito-Regime: Vizeausserminister Ales Bebler, Nachkomme einer aus dem Glarnerland nach Slowenien ausgewanderten Familie, stellte gerne seine Schweizer Herkunft heraus. Attraktiv war Jugoslawien besonders für die helvetische Exportwirtschaft. Die Absatzmöglichkeiten schienen fast unbegrenzt. Das Balkanland importierte zum Beispiel mehr Schweizer Uhren als alle Staaten des Warschauer Pakts zusammen. Als einer der wichtigsten Abnehmer wurde Tito höchstpersönlich vermutet.

Der viel gereiste Marschall hat die Schweiz nie besucht. Auf seiner Rückreise aus Frankreich 1956 machte er aber eine Pause in Genève-Cornavin und fuhr weiter im Sonderzug über die Simplonstrecke nach Jugoslawien. Immer wieder hielt er sich im Schweizer Pavillon der Zagreber Herbstmesse auf und lobte die eidgenössischen Uhrenmarken. Der damalige Botschafter in Jugoslawien verstand die Botschaft und fragte in Bern vorsichtig an, ob es an der Zeit sei, dem weltweit geachteten jugoslawischen Führer eine Luxusuhr zum 80. Geburtstag zu schenken. Der Protokolldienst antwortete trocken, so etwas sei hierzulande überhaupt keine Praxis, als absolute Ausnahmen könne man nur zwei Päpste und den Fürst von und zu Liechtenstein erwähnen, die ein Geschenk der Landesregierung erhalten hätten. Kurz vor Titos Geburtstag am 25. Mai 1972 machte der Bundesrat dann doch noch eine Ausnahme und liess dem roten Autokraten eine elektronische Goldquarzuhr «Da Vinci» der IWC zukommen. Tito bedankte sich schriftlich bei der Uhrenmanufaktur in Schaffhausen. Noch 1962 hatte sich der Bundesrat geweigert, dem «Staatschef eines kommunistischen Staates» zum Geburtstag zu gratulieren.

### Linke Begeisterung

Anfang der 70er-Jahre stand Tito im Zenit der Macht, und der Westen hatte ein grosses Interesse daran, den Vielvölkerstaat Jugoslawien als Bollwerk gegen einen sowjetischen Durchbruch zum Mittelmeer zu erhalten. Die Mängel des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus wurden lange ignoriert, man glaubte - auch in der Schweiz - an die Kreativität der KP-Funktionäre, um das Aussenhandelsdefizit zu verringern und die gigantischen Auslands- und Inlandsschulden abzubauen. Anfang der 80er-Jahre wollten einige Schweizer Sozialdemokraten und In-

tellektuelle wie Arnold Künzli vom jugoslawischen Modell der betrieblichen Selbstverwaltung sogar lernen. Es ging ihnen nicht darum, Titos System zu kopieren und auf die Bedingungen der Schweiz zu übertragen, aber man empfand gewisse Sympathien für den «dritten Weg» Jugoslawiens: Es war eine Gratwanderung zwischen «dem industrialisierten Sozial-Zarismus der Sowjetunion und dem wohlfahrtsstaatlich wattierten Kapitalismus des Westens». Journalisten, die Jugoslawien bereisten, gingen sogar der Frage nach, ob dort eine «Idealform der Demokratie geschaffen worden» sei. Wie wirklichkeitsfremd solche Einschätzungen waren, zeigte sich schnell nach dem Tode Titos 1980. Den jugoslawischen Kommunisten gelang es nicht, den wirtschaftlichen Kollaps zu stoppen, überall gewannen nationalistische Kräfte die Oberhand. Als Hauptspengmeister des gemeinsamen Staates setzte sich der serbische Nationalkommunist Slobodan Milosevic in Szene.

### Der Fall Januz Salih

Die Folgen der Krise in Jugoslawien spürte bald auch die Schweiz, wo immer mehr politisch Verfolgte aus der damaligen Provinz Kosovo Schutz suchten. Gleichzeitig führte der Belgrader Geheimdienst einen brutalen Untergrundkrieg gegen Regimegegner, Dissidenten und Extremisten in der jugoslawischen Migrationsgemeinde. In einem Zürcher Hotel wurde ein kroatischer Dissident erschossen, ein prosovietischer Aktivist ging während eines Besuchs in der Schweiz vermutlich den Geheimdienstagenten Titos ins Netz. Ein ernsthaftes Problem, so Bürgisser, stellte für die Behörden der Fall des Kosovaren Januz Salih dar, dessen Asylgesuch Mitte der 80er-Jahre abgelehnt wurde. Nach seiner Ausschaffung wurde er in Jugoslawien verhaftet, gefoltert und in einem Schauprozess zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. So nahmen die Spannungen zu, und wegen der Ausweisung eines jugoslawischen Diplomaten sagte der Belgrader Aussenminister einen Besuch in Bern ab. Darunter litt auch die langjährige Zusammenarbeit der beiden Staaten in der blockfreien Bewegung, wo die Schweiz als Gast mitmischte, und im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Mit dem Anfang der 90er-Jahre beginnenden Zerfall Jugoslawiens ging die Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle im Kalten Krieg definitiv zu Ende.

Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle im Kalten Krieg. Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bern 2017. 642 Seiten, ca. 16 Franken. Gratis-Download: [dodis.ch/q8](http://dodis.ch/q8)

## Täter-Herkunft: Zürcher SVP bringt Initiative

Mitten im Stadtzürcher Wahlkampf sammelt die kantonale SVP Unterschriften gegen die «Zensurpolitik» des links-alternativen städtischen Sicherheitsdirektors.

Der Stadtzürcher Sicherheitsdirektor Richard Wolff liess vergangene Woche eine kleinere politische Bombe platzen: Er gab bekannt, dass die Zürcher Stadtpolizei ab sofort die Nationalität von Verdächtigen und Straftätern in Communiqués nicht mehr automatisch nennt - sondern nur noch auf Nachfrage. Die regelmässige Nennung der Nationalität könne «den Eindruck schüren, gewisse Nationalitäten seien kriminell», begründete Wolff die Massnahme.

Vor dem Hintergrund der Stadtzürcher Wahlen vom kommenden 4. März lieferte der links-alternative Politiker der SVP damit eine Steilvorlage. Diese nahm die Partei gestern an - und zwar gleich auf kantonaler Ebene: Die Parteileitung der SVP Kanton Zürich hat nämlich einstimmig beschlossen, eine kantonale Volksinitiative gegen die «Zensurpolitik» der Stadt zu lancieren. Das Ziel: In Meldungen aller Zürcher Polizeikörper muss die Nationalität von Tätern und Tatverdächtigen zwingend genannt werden. Mit seiner Massnahme habe Wolff beschlossen, «die Ausländerkriminalität vor der Bevölkerung zu vertuschen», schreibt die Partei, die mit der Sammlung der 6000 Unterschriften bereits im Januar beginnen will. Das Anliegen dürfte sehr gute Chancen haben, haben doch in den vergangenen Tagen die meisten bürgerlichen Parteien im Kanton Wolffs Entscheidung kritisiert. Laut Online-Umfragen wird es zudem von einem Grossteil der Bevölkerung bejaht.

### Polizeikommandanten für Nennung

Viele Polizeikörper, so auch die Kantonspolizei Zürich, halten sich an die Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) von Ende September 2010: «In Medienorientierungen wird bei Tatverdächtigen und Opfern nebst dem Alter die Nationalität bekannt gegeben.» Selbst ein Migrationshintergrund «kann auf Anfrage bestätigt werden». Von dieser Regel sei dann abzuweichen, wenn Gründe des Persönlichkeitschutzes dagegen sprächen oder die Gefahr bestehe, dass Personen durch die Nennung identifiziert werden könnten.

Warum diese Haltung sinnvoll ist, bringt Peter Gill, Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, die für die Information in kriminalpolizeilichen Belangen zuständig ist, auf den Punkt: «aus Gründen der Transparenz». Florian Gassmann, Präsident der Schweizerischen Konferenz der Medienbeauftragten der Schweizer Polizeikörper, nannte die neue Stadtzürcher Regelung im «Tages-Anzeiger» einen «politischen Entscheid. «Für uns bleiben die KKPKS-Empfehlungen gültig, auch wenn sich einzelne Körper an internen Weisungen orientieren müssen.»

### Defensive Praxis in Bern

In anderen Kantonen ist die Frage der Nennung der Nationalität durch politische Vorstösse und Initiativen, mehrheitlich vonseiten der SVP, geklärt worden. Im Kanton Solothurn befürworteten im März 2012 siebzig Prozent der Abstimmenden die SVP-Volksinitiative «Nennung der Nationalität in Meldungen der Polizei und Justizbehörden». Der entsprechende Auftrag ist jetzt im Gesetz über die Kantonspolizei verankert. Auch im Kanton St. Gallen steht seit einigen Jahren im Polizeigesetz: «Die Polizei gibt bei Straftaten die Staatsangehörigkeit und das Alter von Tatverdächtigen bekannt, wenn nicht die Gefahr besteht, dass Betroffene identifiziert werden können.»

Im Kanton Bern üben Staatsanwaltschaft und Polizei derzeit noch die Praxis, die Nationalität im Grundsatz nur auf Anfrage von Journalisten bekannt zu geben. Ausnahmen sind Tötungsdelikte und tödliche Unfälle oder Delikte, wo die Angabe der Nationalität «erklärenden Charakter hat und zur Nachvollziehbarkeit einer bestimmten Massnahme beitragen kann». Allerdings hat der Grosse Rat 2016 einen SVP-Vorstoss überwiesen, der die konsequente Nennung der Nationalität forderte. Umgesetzt ist die Vorgabe des Parlaments bisher aber nicht (vgl. Bund vom 8. November). (rba/thas./awb)